



Der **Bürgerkonvent** (Eigenschreibweise: *BürgerKonvent*) war ein politischer Verein, der im April 2003 gegründet wurde und sich im Mai 2015 auflöste.

## Geschichte und Struktur

Laut Satzung von Mai 2007 war der Zweck des Vereins, „durch staatsbürgerliche Bildung die Mitwirkung an der politischen Willensbildung der Bevölkerung zu fördern sowie die Verbesserung der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft in Deutschland und Europa“.

Führende Gründungsmitglieder waren der Politologe Gerd Langguth und der Sozialwissenschaftler und Publizist Meinhard Miegel (Sprecher). Der letzte Vorstand (2013–2015) bestand aus Klaus Peter Krause, Vera Lengsfeld und Beatrix von Storch; frühere ehemalige Vorstandsmitglieder waren u. a. Gisela Fischer, Hans-Günter Lind, Gerhard Schulte[1] Thomas Grundmann[2] († 2022) sowie Patrick Freiherr von Stauffenberg. Unterstützt wurde die Organisation weiteren Personen aus Politik und Wirtschaft, wie Roland Berger und Otto Graf Lambsdorff († 2009).

Der Bürgerkonvent erlangte Ende April/Anfang Mai 2003 durch eine groß angelegte Werbekampagne unter dem Titel *Deutschland ist besser als jetzt* Bekanntheit. Die Kampagne wurde von der Werbeagentur *Abels & Grey* betreut[3] und mit 6 Millionen Euro von August von Finck junior finanziert.[4] Von Januar 2011 bis Juni 2013 erschien mehrmals im Jahr der Newsletter *BürgerBrief*, der sich wechselnden politischen Themengebieten widmete.

Einer Einschätzung von Heinz Theisen in einer Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung zufolge verstand sich der Bürgerkonvent als eine überparteiliche Einrichtung von Bürgern, welche die Staatsgesellschaft zu einer echten Bürgergesellschaft umformen wollen. Der Bürgerkonvent werbe für politische und gesellschaftliche Lösungen, welche nicht einer kurzfristigen Politik oder einer Klientel verpflichtet seien.[5] Eine Analyse der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Beurteilung der Alternative für Deutschland bezeichnet den Bürgerkonvent als „Apo von rechts“ und „von oben“, die auf die Rückführung des Staates auf Kernkompetenzen und den Abbau von Sozialleistungen zugunsten privater Vorsorge abziele. Dazu werde mit Hilfe eingekaufter und professioneller Kampagnenpolitik Druck auf Politiker ausgeübt. Die Strukturen seien „intransparent und nicht demokratisch.“[6]

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 22. Mai 2015 wurde einstimmig beschlossen den Verein zum 31. Mai 2015 aufzulösen.[7] Danach befand er sich in Liquidation,[8] bis er am 16. Dezember 2016 schließlich im Vereinsregister gelöscht wurde. Liquidatoren waren von Storch und Krause.[9]

## Literatur

- Heinz Theisen: *Die Zukunftsfähigkeit der politischen Mitte*. (PDF; 136 kB) Konrad-Adenauer-Stiftung, Die Politische Meinung 414/2004, Mai 2004
- Rudolf Speth: *Der Bürgerkonvent – Kampagnenprotest von oben ohne Transparenz und Bürgerbeteiligung*. (PDF; 232 kB) Studie für die Hans-Böckler-Stiftung, 2003

## Weblinks

- Website des Bürgerkonvents (Memento vom 6. Februar 2013 im *Internet Archive*)
- Kritische Einordnung des Vereins auf Lobbypedia

## Einzelnachweise

- Der Vorstand, BürgerKonvent (Memento vom 4. Mai 2015 im *Internet Archive*)

- Bernd Leyendecker: [BürgerKonvent fordert mehr Mut für Reformen](#). General Anzeiger, 1. April 2004, abgerufen am 11. Juli 2017.
  - Thomas Leif: *Beraten & verkauft McKinsey & Co. Der große Bluff der Unternehmensberater*. München 2006, S. 287.
  - Christian Rickens: [August von Finck: Der geheime Finanzier](#). In: *Manager Magazin*. 14. Dezember 2005, abgerufen am 11. Januar 2025.
  - Heinz Theisen: [Die Zukunftsfähigkeit der politischen Mitte](#). (PDF; 136 kB) [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Mai 2004.
  - Dietmar Neuerer: [Konservativ, liberal, rechts – wohin steuert die AfD?](#) In: *Handelsblatt online*, 28. Juni 2013, abgerufen am 11. Januar 2025.
  - [Homepage des Bürgerkonvents](#). Archiviert vom [Original](#) (nicht mehr online verfügbar) am 6. Februar 2013; abgerufen am 8. August 2015.
  - Georg Meck: *Konservative Plattform – Der Bürgerkonvent ist am Ende*. In: [FAZ](#). 8. August 2015 ([faz.net](#)).
  -
9. Registergericht Bonn, Vereinsregisterblatt 8133

#### Kategorien:

- [Denkfabrik in Deutschland](#)
- [Interessenverband](#)
- [Vereinsgründung 2003](#)
- [Aufgelöst 2015](#)
- Diese Seite wurde zuletzt am 22. August 2025 um 19:46 Uhr bearbeitet.

## Manifest BürgerKonvent

**Vorwort**

Wir Bürger sind verdrossen wie selten zuvor. Wir werden beschwert von steigenden Abgaben, hoher Arbeitslosigkeit, überbordenden öffentlichen Schulden, einem Übermaß an Regulierungen, verkrusteten Organisationen und einer kraft- und ideenlosen Politik. Das alles beschwert uns seit langem und viele sind dadurch entmutigt. Dass etwas geschehen muss - darin sind wir uns einig. Doch was? Und wie?

Klagen hilft nicht weiter. Nur entschiedenes, nachdrückliches Handeln. Wir müssen uns wieder auf unsere Fähigkeiten besinnen, dank derer wir immer wieder schwierigste Herausforderungen gemeistert haben. Diese Fähigkeiten haben wir auch heute. Wir dürfen uns nur nicht länger von den Verhältnissen niederdrücken lassen. Wir können und müssen sie ändern. Wie wir künftig leben werden, hängt entscheidend von uns selbst ab.

Der BürgerKonvent will das Wollen der Vielen bündeln und ihm Geltung verschaffen. Wir finden uns nicht damit ab, dass der Berg ungelöster Probleme immer höher wird und Deutschland nur noch vor sich hin dümpelt. Wir wollen dazu beitragen, dass die Menschen ihre Lähmung überwinden, ihre Kräfte entfalten und sich der Zukunft stellen. Deshalb mischen wir uns ein. Denn Deutschland ist besser als jetzt.

Bonn, April 2003  
Prof. Dr. Meinhard Miegel  
Sprecher des BürgerKonvents

---

  
**I.**

Wir Deutschen befinden uns in einer Sackgasse. Ohne Kursänderung werden wir in Kürze auf eine grundlegend veränderte Wirklichkeit aufprallen.

Fixiert auf Vergangenes sehen viele nicht das Kommende. Das hat Folgen. Die wirtschaftliche Dynamik ist weithin erlahmt; Millionen von Menschen sind ohne Arbeit; die Zahl der Insolvenzen erklimmt Rekordhöhen.

Obwohl wir Bürger dem Staat die Hälfte des von uns Erarbeiteten überlassen, macht dieser hohe Schulden. Allein für die Verzinsung seiner Altschulden gibt er mehr aus als für Investitionen. Die Stabilitätskriterien von Maastricht einzuhalten fällt ihm schwer. Sie aber sind Grundlage eines starken Euro.

Zugleich bröckeln die sozialen Sicherungssysteme. Die Wechsel, die hier auf die Zukunft gezogen wurden, sind nicht gedeckt. Damit immer mehr alte von immer weniger jungen Menschen askömmlich versorgt werden können, müssen die Nachwachsenden die bestmögliche Bildung und Ausbildung und ausreichend produktive Arbeitsplätze erhalten. Beides geschieht nicht. In Deutschland wird zu wenig investiert - in Menschen und Arbeitsplätze. Die

Folgen hiervon haben vor allem die Jüngeren zu tragen.

Wertvolles Potential liegt brach. Herausragende Leistungen sind selten geworden. Zukunftsinvestitionen in schulische und berufliche Bildung, Wissenschaft und Kunst stehen im Schatten flüchtigen Gegenwartskonsums.

Auch die Herausforderungen der deutschen Wiedervereinigung sind nur zum Teil bewältigt. Ost und West sind noch längst nicht zusammengewachsen. Hinzu kommen wirtschaftliche Probleme. Seit Mitte der neunziger Jahre stagniert die Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern bei reichlich 60 Prozent des Westniveaus. Um dennoch den ostdeutschen Lebensstandard dem westdeutschen anzunähern, fließen ständig hohe Milliardenbeträge von West nach Ost. So einsichtig dieser Transfer ist: Er hinterlässt in den alten Bundesländern mittlerweile deutliche Spuren.

Das und manches andere stimmt viele Menschen pessimistisch. Unabhängig von Parteienkonstellationen haben sie Zweifel an der Fähigkeit der Politik, die sich auftürmenden Probleme zu lösen. Die Lage spitzt sich zu. Viele Bürger wollen nicht länger zusehen, wie ihre Zukunft aufs Spiel gesetzt wird. Es ist Zeit zu handeln.

## II.

Die Veränderungswilligen stoßen auf Besitzstandswahrer, die ihre Positionen zäh verteidigen. Es wird um die Richtung gerungen, die dieses Land einschlagen soll. So lange dieses Ringen nicht beendet ist, bleibt Deutschland blockiert.

Schon werden Stimmen laut, die die demokratische Ordnung für diese Blockade verantwortlich machen. In einem funktionierenden Gemeinwesen, so heißt es, könnten nicht alle mitreden. Einer müsse entscheiden. Diese Argumentation scheint schlüssig. Trotzdem ist sie falsch.

Ursächlich für die Blockade ist nicht die demokratische Ordnung. Ursächlich sind gravierende Fehlentwicklungen an dieser Ordnung vorbei. Wir brauchen keine Systemveränderung. Was Not tut ist die Rückkehr zum eigentlichen Sinn unserer Verfassung.

In der Demokratie entscheidet die Mehrheit unter Wahrung der legitimen Interessen der Minderheiten. In Deutschland wird dieser Grundsatz verletzt. Faktisch setzen straff organisierte Minderheiten ihre Interessen - legitim oder nicht - gegen die objektiven Interessen der nicht organisierten Mehrheit durch. Die nicht organisierte Mehrheit hat es schwer, ihren Willen zu bekunden. Minderheiten haben die Meinungsführerschaft übernommen.

Besonders problematisch sind Machtstrukturen, die aus einem fehlgelenkten Sozialstaat und der Sozialpartnerschaft erwachsen sind. Zwar beruhen sie auf der Verfassung und gesetzlichen Regelungen. Aber sie haben sich der demokratischen Kontrolle entzogen, obwohl sie unserer aller Lebensbedingungen massiv beeinflussen.

Diese Machtstrukturen sind mit den Volksvertretungen in Bund, Ländern und

Gemeinden oft eng verflochten. Die einen ermöglichen und fördern politische Karrieren; die anderen wehren alle Versuche ab, jene Strukturen aufzubrechen oder zumindest ihre Leistungsfähigkeit einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Dieser Verquickung von Verbandsinteressen und Politik ist beispielsweise zuzuschreiben, dass die Bürger viele Jahre hindurch riesige Milliardenbeträge in eine unstrittig wenig effektive Bundesanstalt für Arbeit pumpen mussten - gesteuert von den Tarifparteien und Politikern. Ähnliches gilt für weite Bereiche der sogenannten öffentlichen Daseinsvorsorge, wo hinter dem Schild sozial verpflichteten Handelns nicht selten höchst egoistische Einzelinteressen verfolgt werden.

Diese heillose Vermengung von Staat, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden hat die Entwicklung dieses Landes nachhaltig beeinträchtigt. Doch große Teile der Bevölkerung haben sich so sehr an sie gewöhnt, dass sie sie nicht mehr als hochgradig abnorm, sondern fast als normal ansehen.

Um sich zu legitimieren, machen alle der Bevölkerung immer neue Versprechungen. Zu halten sind diese schon lange nicht mehr. Aber noch immer gelten Illusionen bei vielen mehr als die Wirklichkeit. Wer die buntesten Träume verspricht, verbessert seine Wahlchancen. Auf Dauer lässt sich die Wirklichkeit jedoch nicht überschminken.

Deutschland ist auf diese Wirklichkeit nicht vorbereitet. Die Bürger ahnen vieles, aber sie wissen vorerst wenig. Weder wissen sie um die brüchig gewordene Bevölkerungsstruktur noch um die wirklichen Bedingungen des Arbeitsmarktes, die maroden Sozialsysteme oder die nachhaltig geschwächte Stellung Deutschlands in der Welt. Das Land leidet unter einem Wahrheitsstau, der zügig aufgelöst werden muss, um die bestehenden und absehbaren Herausforderungen meistern zu können. Aus Ahnungen müssen Gewissheiten werden, die die Grundlage einer Neuorientierung sind.

### III.

Von der Politik ist eine solche Neuorientierung, wenn überhaupt, nur in engen Grenzen zu erwarten. Jahrzehntlang hat sie den Eindruck erweckt, alle Hindernisse auf dem Weg in die Zukunft mühelos beiseite räumen zu können. Das hat die Erwartungen der Bevölkerung geprägt. Etwas anderes würde sie jetzt enttäuschen. Eine solche Enttäuschung möchte die Politik vermeiden. Sie hat ihre Lektion gelernt. Nur wenige Politiker erlangten die Gunst der Wähler, wenn sie die Wahrheit sagten. Weit länger ist die Liste derer, die hierfür mit dem Verlust ihres Mandats bestraft wurden. Wer die Wahrheit verbiegt, spekuliert nicht ohne Grund auf Vorteile im politischen Wettbewerb. Der zurückliegende Bundestagswahlkampf hat dies erneut gezeigt.

Das heißt nicht, dass sich die Politik der Wirklichkeit nicht stellen möchte. Doch eingeklemmt zwischen mächtigen Partikularinteressen und unrealistischen Wählererwartungen fühlen sich viele Politiker zu schwach. Um sich nicht selbst mit ihnen auseinandersetzen zu müssen, verbergen sie sich immer häufiger hinter Bündnissen und Kommissionen. Solche Einrichtungen sind sinnvoll, wenn es Erkenntnisdefizite gibt. Den Politikern fehlen jedoch derzeit nicht so sehr Erkenntnisse. Ihnen fehlen Kraft und Mut und vor allem

die breite Unterstützung derer, die weiter sehen, tiefer schürfen und bereit sind, sich für das Ganze zu engagieren - der verantwortungsbereiten Bürger. Aus Furcht vor dem Verlust ihrer politischen Mandate flüchten sich viele in Unverbindlichkeiten. Die offene Auseinandersetzung mit organisierten Besitzständen und unwissenden Wählern haben die wenigsten gelernt. Sie sind durch eine lange Schule der Anpassung gegangen. Das bestimmt ihren Politikstil.

Deshalb müssen Männer und Frauen, die weder von Partikularinteressen noch von schwankenden Wählerstimmungen abhängig sind, der Politik eine Schneise schlagen und sie bei der undankbaren Aufgabe entlasten, den Wahrheitsstau aufzulösen und der Wirklichkeit Akzeptanz zu verschaffen. Künftig dürfen sich Politiker nicht mehr darauf berufen können, dass eine sachgerechte und zukunftsweisende Politik ihrer Partei die Mehrheit und sie selbst das Amt kosten würde. Vielmehr müssen sie sich und ihre Politik daran messen lassen, ob sie der Wahrung nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch der künftigen Interessen der Bevölkerung genügen.

#### IV.

Mit diesem Ziel haben sich Männer und Frauen zu einem BürgerKonvent zusammengeschlossen, um außerhalb der politischen Parteien dazu beizutragen, Deutschland wieder aus der Sackgasse herauszuführen und den Weg für eine zukunftsweisende Politik zu ebnen. Dass die Verfolgung dieses Ziels nicht einfach ist und den orchestrierten Aufschrei der Profiteure der bestehenden Verhältnisse herausfordern wird, ist vorhersehbar. Dennoch erachtet es der BürgerKonvent als seine Pflicht, nichts unversucht zu lassen, was den Stillstand dieses Landes überwinden könnte. Deutschland hat in der Vergangenheit zu oft Schaden dadurch genommen, dass die Politik nur Politikern und Interessenverbänden überlassen wurde. Die politische Willensbildung liegt beim Volk. Parteien wirken hieran nur mit. Sie haben kein politisches Monopol. Das ist in Artikel 21 des Grundgesetzes ausdrücklich verankert.

Der BürgerKonvent möchte diesem Verfassungsgrundsatz wieder stärker Geltung verschaffen. Zugleich will er darauf hinwirken, dass Politik und Bevölkerung nicht länger die Wirklichkeit verdrängen, sondern sich ihr aktiv stellen. Nur so können die Risiken dieser Wirklichkeit vermindert und ihre Chancen genutzt werden.

Zu dieser Wirklichkeit gehören:

1. Wir Bürger sind mündig. Der Staat darf nur übernehmen, was wir nicht selbst regeln können.

Pro Kopf der Bevölkerung erwirtschaften wir heute fünfmal soviel wie die Menschen vor 50 Jahren. Breite Schichten sind wohlhabender als jemals zuvor. Sie haben Grundeigentum, Sachvermögen und beträchtliche Ersparnisse. Selbst der vierköpfige Sozialhilfehaushalt verfügt über die gleiche Kaufkraft wie durchschnittliche Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte Mitte der sechziger Jahre. Zugleich wurde ein hoher formaler Bildungsstand erreicht. Jeder vierte 20- bis 60-Jährige hat Abitur, jeder achte ein abgeschlossenes Hochschulstudium.

Dank dieser Entwicklung kann die Mehrheit vieles einschließlich eines

Großteils der Vorsorge für die Fährnisse des Lebens mittlerweile selbst regeln. Doch wir dürfen nicht. Der Staat entlässt uns nicht aus seiner Vormundschaft. Er engt uns wirtschaftlich und mental ein und verwendet die uns entzogenen Mittel nach seinen Vorstellungen. Die Lage ist absurd: Als die Menschen noch arm und ungebildet waren, mischte sich der Staat weit weniger in ihre Leben ein als jetzt.

In Deutschland muss wieder gelten: Nur was wir Bürger nicht selbst regeln können, dürfen gesellschaftliche Organisationen und der Staat übernehmen. Zugleich darf uns der Staat nur die Mittel nehmen, die er besser und effektiver einsetzen kann als wir. Das ist die Vorgabe für die seit langem fällige Steuerreform: Die Besteuerung der Bürger muss maßvoll, einfach und gerecht sein. Davon sind wir weit entfernt.

**2. Schultern der Jüngeren sind schmaler.** Sie müssen gestärkt und entlastet werden.

Die Jahrgänge, die seit 1970 geboren wurden, sind an Zahl weitaus schwächer als die älteren. Daran ändern auch die Zuwanderer wenig. Sie können zwar Bevölkerungslücken füllen, nicht jedoch die dramatische Verschiebung von Jung zu Alt verhindern. Zuwanderer altern wie alle anderen auch.

Um die Jüngeren nicht zu überfordern, müssen sie durch eine wirksame Familien- und Integrationspolitik sowie die bestmögliche Bildung und Ausbildung gestärkt werden. Auch benötigen sie mehr produktive Arbeitsplätze. Das wiederum setzt eine intensivere Vermögensbildung voraus. Produktive Arbeitsplätze erfordern Kapital.

Zugleich müssen die Jüngeren entlastet werden von vielen heute lösbaren Aufgaben, z.B. im Infrastruktur- oder Umweltbereich und von den Schulden der öffentlichen Hand. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Durch sie sind unsere Gestaltungsräume unzumutbar eingeengt. Unsere Handlungsmaxime muss sein: Die Jüngeren dürfen nicht mit schwereren Lasten befrachtet werden als wir jetzt zu tragen bereit sind. Ihre Schultern sind schmaler als die unseren!

Das zwingt zu grundlegenden Veränderungen tief verinnerlichter Sicht- und Verhaltensweisen. Wir können und dürfen die Lösung der aufgestauten Probleme nicht länger vor uns herschieben. Denn was wir heute nicht lösen, vermögen wir morgen erst recht nicht zu lösen.

**3. Ansprüche übersteigen Leistungen.** Wirtschaft und Arbeitsmarkt müssen belebt werden.

Wohlstand kommt von Arbeit. Deshalb müssen wir mehr und besser arbeiten, wenn unser Wohlstand weiter wachsen soll. Ungetane Arbeit gibt es in Fülle. Woran es mangelt, ist die Umsetzung dieser Arbeit in Arbeitsplätze. Das ist in Deutschland schwierig. Für die meisten zu schwierig. Sie ziehen es vor, Arbeitsplätze zu suchen, statt zu schaffen. Dabei sind viele recht anspruchsvoll. Arbeitsplätze sollen gut bezahlt, interessant, angenehm, nicht sehr anstrengend und gesellschaftlich angesehen sein. Von solchen Arbeitsplätzen gibt es in Deutschland nicht genug. Die Hürden sind zu hoch. Die Arbeitgeber können den Erwartungen weder quantitativ noch qualitativ hinreichend gerecht werden.

Die Hürden müssen gesenkt werden. Das gilt umso mehr, als wir Deutschen



wichtige wirtschaftliche Vorsprünge eingebüßt haben. Andere Völker haben uns eingeholt und mitunter überholt. Zugleich sind sie oft bescheidener. Dadurch können sie Produkte und Dienste anbieten, die den unseren in nichts nachstehen, aber preiswerter sind. Für uns heißt das, dass wir entweder wieder in mehr Bereichen zur Spitze vorstoßen oder unsere Ansprüche zurückstecken müssen. Unsere derzeitigen Ansprüche übersteigen unsere Leistungen. Die Folge ist Enttäuschung. Unternehmerisches Denken und Handeln kann sie überwinden. Es ist zu pflegen und fördern. Das beginnt in der Schule und setzt sich im späteren Leben fort. Auch Arbeitnehmer können sich unternehmerisch verhalten! Nichts belebt Wirtschaft und Arbeitsmarkt besser.

**4. Bildung und Wissenschaft sind nur Durchschnitt. Sie müssen verbessert werden.**

Der Verlust wirtschaftlicher Vorsprünge ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass wir bei Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung weithin nur noch Durchschnitt sind und mitunter noch nicht einmal das. Bereits die Vermittlung von Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten lässt nicht selten zu wünschen übrig. Das trifft auch auf den Umgang mit neuen Medien zu. Schulen und Hochschulen fehlen Anreize, ihre Leistungen zu verbessern. Eingeschnürt in staatliche Korsette ist der Wettbewerb unter ihnen wenig entwickelt. Auch international spielen sie nur noch eine nachrangige Rolle. Oft können Universitäten Spitzenkräfte noch nicht einmal halten, geschweige denn bewegen, nach Deutschland zu kommen.

Hier sind vor allem die Bundesländer gefordert. Gerade im Bildungsbereich muss Kulturföderalismus wirklicher Wettbewerbsföderalismus sein. Herausragende Schulen und Hochschulen sind die Voraussetzung für hochqualifizierte Arbeitskräfte und diese die Grundlage für Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung. Ohne sie sind Standortvorteile unserer Wirtschaft weder zu erringen noch zu halten.

**5. Staat kann unseren Lebensstandard nicht sichern. Wir müssen mehr für uns selbst sorgen.**

Die Politik kann ihr jahrzehntelang gegebenes Versprechen, im Rahmen der gesetzlichen Sozialsysteme den individuellen Lebensstandard zu gewährleisten, nicht mehr halten. Auch wenn sie noch zögert, das offen einzugestehen - die Fakten sind erdrückend. Schrittweise werden alle diese Systeme zu bloßen Existenz- oder Grundsicherungen. Um den individuellen Lebensstandard im Alter, bei Arbeitslosigkeit sowie im Krankheits- und Pflegefall aufrecht erhalten zu können, müssen wir in bislang ungewohnter Weise für uns selbst vorsorgen. Hierauf müssen wir uns nicht nur mental einstellen. Wir müssen auch unsere Lebensgewohnheiten spürbar verändern. Ohne einen gewissen Konsumverzicht wird es nicht gehen. Substanzielles Sparen ist wichtiger denn je. Es wird erleichtert durch eine Verringerung der staatlichen Abgabenlast. Dazu muss der Staat die bestehenden sozialen Sicherungssysteme umfassend reformieren und auf ihren Kern zurückführen. Was darüber hinaus geht, ist nicht länger finanzierbar.

**6. Öffentlicher Wohlstand auf Pump. Staat muss Schulden abbauen.**

Zugleich muss der Staat mit den von uns überlassenen Mitteln besser haushalten. Bisher vergeudet die öffentliche Hand hohe Summen. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben müssen wieder zur Deckung gebracht werden. Die Schuldenpolitik der zurückliegenden dreißig Jahre gehört zu den sinnlosesten und gefährlichsten Entgleisungen des Staates. So lange ein erheblicher Teil

unserer Ersparnisse in öffentliche Schulden umgewandelt wird, ist private Vermögensbildung erheblich beeinträchtigt. Denn öffentlichen Schulden müssen ausnahmslos von uns Bürgern beglichen werden. Das ist die Besonderheit des Staates als Schuldner: Er kann seine Schulden nur tilgen, wenn ihm die Gläubiger - wir, die Bürger - die Mittel hierfür geben. Staatliche Schulden sind unsere Schulden! Sie müssen abgebaut werden, damit unsere zwingend erforderliche private Vorsorge nicht geschmälert wird.

**7. Wiedervereinigung ist nicht vollendet. West und Ost müssen alle Kräfte anspannen.**

Die Wiedervereinigung Deutschlands hat uns vor große Herausforderungen gestellt. Allerdings haben die Ostdeutschen das schneller erkannt als die Westdeutschen. Gemeinsam wollen wir, dass sich der Lebensstandard der Mitbürger in den neuen Bundesländern möglichst zügig dem des Westens angleicht. Um das zu erreichen, hätten wir in West und Ost alle Kräfte anspannen müssen. Statt dessen haben vor allem die Westdeutschen versucht, möglichst weiterzumachen wie bisher. Der große Aufbruch hat nicht stattgefunden. Nicht zuletzt deshalb weist Deutschland seit der Wiedervereinigung immer wieder das geringste Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union auf. Soll die Wiedervereinigung die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht dauerhaft belasten, müssen die Verkrustungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt aufgebrochen, unserem Gestaltungswillen Raum gegeben und die Handlungsfähigkeit des Staates wieder hergestellt werden. Das höchst außergewöhnliche Ereignis der Wiedervereinigung ist Anlass, ausgetretene Pfade zu verlassen. Sonst kann sie nicht wirklich gelingen.

**8. Übermaß an Regelungen und Kleinstaaterei behindern staatliches Handeln. Überflüssiges muss beseitigt werden.**

Das Handeln des Staates wird empfindlich beeinträchtigt durch ein Übermaß gesetzlicher und administrativer Regelungen sowie unklarer Zuständigkeiten. Dieses Wirrwarr kann und muss gelichtet werden. Notwendig ist insbesondere die saubere Trennung der gesetzgeberischen Zuständigkeiten von Bund und Ländern unter klarer Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips auch im Verhältnis von Bund und Ländern zur Europäischen Union. Dabei ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Deutschland ein Bundesstaat ist und folglich dem Bund nur die Aufgaben zuzuweisen sind, die vernünftigerweise nur einheitlich gelöst werden können. Alles andere gehört in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer, die umgekehrt nur noch sehr beschränkten Einfluss auf Bundesangelegenheiten haben dürfen. Parallel hierzu sind die Steuerhoheit der Länder und die Stellung der Gemeinden zu stärken. Weil sich Bund und Länder derzeit die wichtigsten Steuerquellen teilen, werden finanzielle Verantwortlichkeiten verwischt. Durch deren klare Zuordnung sowie den Rückzug des Bundes aus den Gemeinschaftsfinanzierungen ist die föderale Ordnung zu stärken. Der Länderfinanzausgleich darf den Länderwettbewerb nicht beeinträchtigen.

Die Bundesländer sind neu zu gliedern und so der veränderten Wirklichkeit in Deutschland und Europa anzupassen. Eine solche Neugliederung sieht Artikel 29 unseres Grundgesetzes ausdrücklich vor. Etwa sieben Länder können die Interessen und Bedürfnisse der Bürger und die bundesstaatliche Ordnung wirksamer wahren als die bestehenden sechzehn. Widerstände gegen eine Neugliederung dienen vor allem der Besitzstandswahrung politischer und gesellschaftlicher Institutionen. Damit diese Widerstände überwunden werden, müssen den Bürgern das Widersinnige der heutigen Regelung und die großen

finanziellen Vorteile einer Neugliederung einsichtig gemacht werden. Der Druck zur Veränderung muss von uns Bürgern kommen, die die Rechnung der heutigen Kleinstaaterei zu zahlen haben.

## V.

Wir Deutschen haben in der Vergangenheit große Herausforderungen eindrucksvoll bewältigt - den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, die Wiedervereinigung unseres Landes, Naturkatastrophen bei uns und wo auch immer auf der Welt. Wenn wir wollen, sind wir stark.

Die Aufgaben, die es jetzt zu lösen gilt, sind nicht schwieriger. Nur müssen wir uns ihnen stellen. Wir müssen Abschied nehmen von lieb gewonnenen Illusionen, insbesondere der Vorstellung, der Staat könne und werde alles für uns regeln. In Wahrheit hat sich der Staat maßlos übernommen. Um handlungsfähig zu bleiben, muss er Verantwortung abgeben. Die Zeit politischer Träumereien, überzogener Forderungen und haltloser Versprechungen ist zu Ende. Jetzt sind wir, die Bürger, gefordert.

Deshalb will der BürgerKonvent die Mitbürger über die wirkliche Lage Deutschlands aufklären und ihre Bereitschaft zu zukunftsweisenden Lösungen der aufgestauten Probleme fördern. Wir Deutschen müssen wissen: Wir können das bisher Erreichte nur halten und fortentwickeln, wenn wir uns von Überholtem trennen und unsere Zukunftsfähigkeit nachhaltig verbessern.

Der BürgerKonvent setzt sich ein für ein Land, in dem die Menschen gerne leben, arbeiten und ihre Ersparnisse anlegen; in dem Leistung sich lohnt; das seine besten Traditionen pflegt; das eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand hat; auf das wir auch morgen noch stolz sein können.

Der BürgerKonvent ruft alle in diesem Land auf, sich hieran zu beteiligen, besonders aber diejenigen, die sich mündig genug fühlen, für sich und andere mehr Verantwortung zu übernehmen. Beenden wir die Vormundschaft des Staates. Schaffen wir eine Bürgergesellschaft! Jede Unterstützung ist willkommen: Engagement, Wissen, Können, Zeit, Geld. Gemeinsam können wir die quälende Selbstblockade dieser Gesellschaft aufbrechen.

**Wir mischen uns ein.**

**Deutschland ist besser als jetzt.**

> Download Manifest als PDF-Dokument

Seitenanfang